



Bundesministerium für Justiz  
c/o Dr. Gerhard Litzka

Museumsstraße 7  
Postfach 63  
A-1016 Wien

Wien, 12. Oktober 2000

**Stellungnahme der Österreichischen Kinderfreunde**  
zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Suchtmittelgesetz geändert wird.  
GZ: 703.037/2-II 2/2000

Die Österreichischen Kinderfreunde lehnen die im vorliegenden Gesetzesentwurf geplanten Verschärfungen im Suchtmittelgesetz ab.

Das Prinzip „Helfen statt Strafen“ muss wie bisher der Leitgedanke im Suchtmittelbereich bleiben. Eine stärkere Kriminalisierung des Sucht-Bereiches wird den Kampf gegen die Drogenabhängigkeit nur erschweren. Oberstes Ziel muss die psychische und physische Betreuung und Resozialisierung der Suchtkranken sein und nicht das lebenslange Einsperren von Drogenhändlern.

Zu ungenau ist die eindeutige Differenzierung zwischen Drogenhändlern und Drogenabhängigen, besonders seit der jüngsten Herabsetzung der Grenzmenge. Die Anhebung der Mindeststrafe erschwert nur die Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Der Schwerpunkt sollte bei der Präventionsarbeit liegen, denn durch längere Strafen werden Kriminelle nicht von Verbrechen abgehalten, schließlich ist doch allgemein bekannt, dass auch die Todesstrafe keine abschreckende Wirkung hat. Besonders bedenklich ist die strafrechtliche Erfassung von Propaganda für Suchtgiftmissbrauch. Das richtet sich gegen die freie Meinungsäußerung und kann jederzeit zu Denunzierung und Bespitzelung von Bürgern führen.

Für die Österreichischen Kinderfreunde

Mag. Sonja Brauner  
Familienpolitische Referentin

Kurt Nekula  
Bundesgeschäftsführer